

## Antrag

der Fraktion der AfD

### Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/7300 –  
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

### **Für unsere Heimat Rheinland-Pfalz – Heimat. Sicherheit. Zukunft – Ideologische Irrwege in der Bildungspolitik beenden**

#### I. Der Landtag stellt fest:

Damit Rheinland-Pfalz zukunftsfähig bleibt, ist es unerlässlich, dass die falsch gestellten Weichen in der Bildungspolitik korrigiert werden. 27 Jahre SPD-Bildungspolitik haben dazu geführt, dass viele unserer Kinder die Grundschule ohne ausreichende Grundbildung verlassen. Sie haben am Ende der vierten Klasse erhebliche Mängel im Lesen, Schreiben und Rechnen. Das hat der IQB-Bildungstrend 2016 in erschreckender Art und Weise bestätigt. Die fehlgeleitete Politik der Landesregierung beginnt in der Grundschule und zieht sich wie ein roter Faden durch die weiterführenden Schulen, berufliche Bildung und Universitäten.

Die ideologischen Irrwege werden schon in der Grundschule beschritten, z. B. mit der Frühdigitalisierung an den Grundschulen, ermöglicht durch das Programm „Medienkompetenz macht Schule“, das massiv auf die Grundschulen ausgedehnt werden soll. Digitalisierung ist ein wichtiges Thema, das durch die Landesregierung in vielen Bereichen sträflich vernachlässigt wurde. Das darf nun aber nicht dazu führen, dass die bisherige Zurückhaltung durch Aktionismus an den Grundschulen kompensiert wird. Dort soll eine solide Grundbildung vermittelt werden. Da dies gegenwärtig viel zu oft nicht mehr sichergestellt ist, ist es eben nicht zielführend, mit der Frühdigitalisierung einen fragwürdigen Nebenschauplatz zu eröffnen.

Zudem müssen Bildungsexperimente wie „Schreiben nach Gehör“ – auch „Lesen durch Schreiben“ genannt – umgehend beendet werden. Mitverantwortlich für den Niedergang der Rechtschreibung ist der Einsatz einer Anlauttabelle, mit deren Hilfe sich viele Kinder das Schreiben selbst beibringen und dabei statt einer flüssigen Schreibschrift nur noch eine „selbstgebastelte Druckschrift“ (Maria-Anna Schulze Brüning) praktizieren. Welche verheerenden Auswirkungen das auf wichtige Lernkanäle hat, beschreiben Schulze Brüning und Stephan Clauss in ihrem Buch „Wer nicht schreibt, bleibt dumm: Warum unsere Kinder ohne Handschrift das Denken verlernen“.

Die Grundschulen sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren: Schreiben, Lesen und Rechnen. Zur Grundbildung gehört auch Heimatkunde. Die Kinder sollen ihre Heimat kennen, schätzen und lieben lernen. Eine Überfrachtung des Unterrichts mit fragwürdigen Dingen wie Frühsexualisierung, „Globalisierungskunde“ oder das Erlernen von Fremdsprachen, ohne entsprechend ausgebildete Lehrer dafür zu haben, ist abzulehnen.

Der Anteil der Kinder, die über unzureichende Deutschkenntnisse verfügen, wird absehbar deutlich zunehmen. Das zeigen die Statistiken zum Anteil der Kinder mit

b. w.

Migrationshintergrund, der in den Kindertagesstätten wesentlich höher liegt als in den Grundschulen. Sie vermitteln einen Eindruck, welche Dynamik diese Entwicklung vielerorts haben wird. Im Moment leiden alle Schüler darunter: diejenigen mit unzureichenden Deutschkenntnissen und die einheimischen Kinder – und damit natürlich auch das Niveau des Unterrichts insgesamt. Es ist daher sinnvoll, eigene Deutschklassen einzuführen für Schüler, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen.

An den Universitäten ist inzwischen eine Situation erreicht, in der viele junge Leute zwar zu einem Studium berechtigt sind, denen aber oft die Studierfähigkeit fehlt. Das wird dann mit allerlei Stütz- und Vorbereitungskursen kaschiert. Die dahinter steckende Ideologie, nur ein Hochschulabschluss gewährt volle Teilhabe an der Gesellschaft, ist schädlich für unser Land. So werden aus potenziell guten und dringend gesuchten Handwerkern weniger gesuchte Akademiker.

Durch eine gewollte Überakademisierung gerät die duale Ausbildung ins Hintertreffen. Diese Fehlentwicklung wird verstärkt durch den Lehrermangel an den berufsbildenden Schulen. Laut dem vlbs (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz) sollen Quereinsteiger mit Mängelfächern zusätzliche finanzielle Anreize erhalten, um aus der Wirtschaft in den Lehrberuf zu wechseln. Als besonders problematisch sieht der vlbs das schlecht bezahlte zweijährige Referendariat an. Die duale Ausbildung sichert unseren Wohlstand. Sie muss mit einem sichtbaren Zeichen gestärkt werden. Die berufsbildenden Schulen müssen eine deutliche Aufwertung erfahren. Das kann durchaus auf Kosten der Gender-Lehrstühle sein, die wir in Mainz und Trier haben und keinen Mehrwert für die Gesellschaft erzielen.

## II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Frühdigitalisierung der Grundschulen zu unterlassen;
- ein Handy-Verbot an Grundschulen und ein Verbot von Tablets und Smartphones in Kitas auszusprechen;
- die Methode „Lesen durch Schreiben“ bzw. „Schreiben nach Gehör“ abzuschaffen und die Anlauttabelle aus dem Unterricht zu verbannen;
- das Erlernen einer Schreibschrift verbindlich vorzuschreiben;
- eine dahingehende Überarbeitung des Teilrahmenplans Deutsch für die Grundschulen vorzunehmen, dass der Unterricht lehrerstrukturiert erfolgt und das Erlernen einer weitgehend fehlerfreien Rechtschreibung ermöglicht wird. Um letzteres zu erreichen, müssen die Schüler von Anfang an auf ihre Fehler hingewiesen werden. Nur so lässt sich verhindern, dass sich falsche Rechtschreibung im Gedächtnis festsetzt;
- die Schulordnung für die öffentlichen Grundschulen so zu ändern, dass – wie bis 2008 verbindlich – zehn bis zwölf Diktate pro Jahr für die Dritt- und Viertklässler vorgeschrieben sind;
- die Einführung eines Grundwortschatzes von 1200 Wörtern, die bis zum Ende der vierten Klasse lesend und schreibend beherrscht werden sollen, als verbindliche Zielvorgabe, auch weil das die Basis für das Erlernen einer Fremdsprache ist;
- den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule abzuschaffen, um mit den frei werdenden Ressourcen die Grundbildung zu stärken: Schreiben, Lesen, Rechnen;
- das Fach Heimatkunde wieder einzuführen;
- eigene Deutschklassen einzuführen für Schüler, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen;
- ein Sonderbudget für Referendare an berufsbildenden Schulen einzurichten, der mit jeweils 150 000 Euro für die Jahre 2019 und 2020 ausgestattet wird. Daraus können bis zu 20 Referendare, die als Quereinsteiger gewonnen wurden, eine monatliche Zulage von 600 Euro erhalten. Außerdem sollen ab 2019 20 neue Stellen geschaffen werden;
- sämtliche Gender-Lehrstühle an den Universitäten aufzulösen.

Für die Fraktion:  
Dr. Jan Bollinger